Bezugspreis für Dezember durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart) „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr) „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung". „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich).
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13 Ecke Hamburger Straße — Fernsprecher Nr 2148 2149 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. — Rheine Emsstraße 31 a. Fernspr. 670
Berliner Redaktion. Paul Fr. Hügen Berlin SW 48. Hedemannstraße 25 Fernsprecher Dasenheide 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe 25 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg. Bezirks Münster sowie für alle amtlichen Finanz. Sammel., Markenartikel, und Veranlagungsanzeigen 15 Pfg. für sonstige Anzeigen aus dem Reg. Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg. bei Vorzahlung 7 Pfg. kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Vorzahlg. 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltbreite 90 mm).
Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe

Dienstag, den 13. Dezember 1927

76. Jahrgang. Nr. 1235

25 Millionen Mark Weihnachtszulagen für die Sozialrentner.

s **Berlin**, 12. Dez. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Der Reichsfinanzminister hat, wie wir hören, 25 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um den Sozialrentnern zu Weihnachten eine Zulage gewähren zu können. Die Verteilung dieser 25 Millionen Mark wird wahrscheinlich in folgenden Ausmaßen vor sich gehen: 20 Millionen für die Sozialrentner, 3 Millionen für die Kleinrentner, 1½ Millionen für die Krisenfürsorgeempfänger, 500 000 Mark für die Rentenempfänger aus der Angestelltenversicherung. Man denkt sich die Verteilung der Summe ferner so, daß die Hauptunterstützungsempfänger 9 Mark, die übrigen 3 Mark erhalten.

Außerdem wird die Zentrumsfraktion bei der Beratung der Besoldungsvorlage eine Entschließung einbringen dahingehend, daß bei der Beratung des Etats auch die Erhöhung der Invalidenrenten zur Sprache kommt und zwar soll eine Erhöhung der laufenden Bezüge für Invalidenrentner, wie auch für die Angestelltenversicherungsrentner stattfinden. wofür allerdings die Mittel noch nicht vorhanden sind. Die erforderliche Summe beträgt etwa 120 bis 130 Millionen Mark, die man allerdings hofft, aus den Überschüssen von den Zöllen aufbringen zu können. Bei dieser Gelegenheit soll auch der früheren alten Dienstmädchen, also Rentenempfängern aus der Invalidenversicherung und der in Heimen untergebrachten Personen gedacht werden.

Die Streitereien zwischen Reich und Preußen.

Dr. Luther und der Reichsbahnverwaltungsrat.

b **Berlin**, 12. Dez. (Tel.) Wie der „Demokratische Zeitungsdienst" erfährt, hat Reichskanzler Dr. Marx erneut an den preußischen Ministerpräsidenten Braun ein Schreiben gerichtet, in dem ausgeführt wird, daß die Reichsregierung keine Möglichkeit sehe, das Urteil des Staatsgerichtshofes, dem zufolge Preußen auf Vertretung im Verwaltungsrat der Reichsbahn Anspruch hat, zu vollstrecken, da die freigewesene Stelle durch den Reichskanzler a. D. Dr. Luther besetzt ist und da Dr. Luther ebenso wie alle übrigen Verwaltungsratsmitglieder sich nicht zu einem Rücktritt bereiterklärt habe. In dem Schreiben wird, wie der genannten Korrespondenz zufolge verlautet, der preußischen Regierung anheimgegeben, beim Staatsgerichtshof einen neuen Antrag auf Vollstreckung des früher ergangenen Urteils einzubringen, und es wird erklärt, daß die Reichsregierung in einem solchen Antrage keinen unfreundlichen Akt erblicken würde.

Das Keudell-Telegramm.

Berlin, 12. Dez. Der preußische Ministerpräsident wird, wie der „Sozialdemokratische Pressedienst" erfährt, im Verlaufe der bevorstehenden Landtagsdebatte über den preußischen Etat u. a. auch zu der Antwort des Reichskanzlers auf die preußische Beschwerde zu dem Telegramm des Reichsinnenministers von Keudell an die Deutsche Studentenschaft Stellung nehmen. Außerdem dürfte er sich mit den anderen noch schwebenden Konflikten zwischen dem Reich und Preußen befassen.

Das preußische Flaggengesetz.

vdz **Berlin**, 10. Dez. Das preußische Staatsministerium hat bekanntlich infolge verschiedener Rechtsstreitigkeiten mit den Gemeinden, namentlich Potsdam, die vom Oberverwaltungsgericht zugunsten der Gemeinden entschieden worden waren, noch vor dem diesjährigen Verfassungstage im August eine Notverordnung herausgebracht, wonach der Staat die Kommunen zwingen kann, an bestimmten Tagen die Reichsflagge schwarz-rot-gold zu hissen. Da sich auch über diese Notverordnung wieder Rechtsstreitigkeiten ergeben haben, haben die preußischen Regierungsparteien, Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten, im Einvernehmen mit der Staatsregierung einen Initiativ-Gesetzentwurf fertiggestellt, der eine Legalisierung dieser Notverordnung bezweckt. Die Regierungsparteien werden, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. erfährt, diesen Antrag sofort in die parlamentarische Bearbeitung einfügen, so daß er noch vor der Weihnachtspause verabschiedet werden kann. Geschieht dies, dann werden die Kommunen insbesondere gezwungen sein, am Verfassungstage, dem 11. August, die schwarz-rot-goldenen Farben zu zeigen. Eine Mehrheit für dieses Gesetz dürfte als sichergestellt gelten, obwohl bereits jetzt die unbedingte Opposition der Deutschnationalen und der Kommunisten gegeben ist. Die Zeitungsnachrichten, denen zufolge hier ein „neues Flaggengesetz" vorliege, sind übertrieben. Auch das Gesetz, das die Regierungsparteien nun verabschieden wollen, bringt keine materielle Neuerung, sondern nur die formale Bestätigung der Notverordnung durch ein ordentliches Gesetz, mit höchstens unwesentlichen Änderungen.

Rede Dr. Helds in Regensburg.

„Für ein starkes eigenstaatliches Bayern".

tu **Regensburg**, 11. Dez. (Tel.) Der bayerische Ministerpräsident Dr. Held hielt heute in einer Versammlung der Bayerischen Volkspartei eine Rede.

Nach einer Schilderung der ernsten Finanzlage Bayerns, die zu der Forderung nach einem gerechten Finanzausgleich berechtige, kam Dr. Held auf den Kampf zwischen Einheitsstaat und Föderalismus zu sprechen. Es sei nicht wahr, so erklärte Dr. Held, daß der Einheitsstaat eine Verbilligung der Verwaltung bringe. Im übrigen handele es sich nicht nur um finanzielle Gesichtspunkte, sondern auch um kulturelle Fragen. Der ganze Kampf ziele auf die Weiterführung der Weimarer Verfassung hin. Man sage, Bayern habe einen Konflikt mit dem Reich. Man solle Bayern in Ruhe lassen und ihm sein Recht geben, dann gebe es gar keinen Konflikt. Von Preußen aus seien Bestrebungen im Gange, die darin gipfelten, ein Großpreußen zu schaffen, in dem die übrigen Staaten aufgehen sollten. Der Anschluß Österreichs werde nur auf dem Boden des Föderalismus, niemals aber bei einem Einheitsstaat und am allerwenigsten bei einem Großpreußen kommen. Wenn die Entwicklung so weiter gehe, dann würde die Mainlinie künstlich wieder aufgerichtet und es würde ein neues Süddeutschland entstehen.

Die Versammlung sprach in einer Entschließung dem Ministerpräsidenten Dank und Vertrauen für sein bisheriges Eintreten für die bayerische Eigenstaatlichkeit aus.

Noch immer Studentenausschreitungen in Rumänien.

w **Budapest**, 12. Dez. (Tel.) Wie die Blätter melden, ereignen sich noch immer Ausschreitungen rumänischer Studenten in siebenbürgischen Städten. So wurde z. B. in Klausenburg der ungarische Dichter Hajnal von einem rumänischen Studenten hinterrücks mit einem Stock niedergeschlagen. Im Krankenhaus wurde festgestellt, daß die Verletzung sehr schwer ist. Wie aus Großwardein gemeldet wird, hat die Staatsanwaltschaft die Verhaftung des noch immer zwischen Leben und Tod schwebenden Besitzers des Parkhotels angeordnet, weil dieser sich mit einem Dolchmesser gegen die rumänischen Studenten zur Wehr setzte. Das Verhör durch den Staatsanwalt wurde vom Spitalarzte verboten. Vor dem Krankenzimmer stehen seit gestern früh vier rumänische Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr.

Neue Vorschläge für die Besoldungsvorlage

Beamtenverminderung ab 1. April 1928. — Heraufsetzung der Altersgrenze von 65 auf 68 Jahre.

Anträge der Regierungsparteien.

S **Berlin**, 12. Dez. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Der Reichstag wird bekanntlich am morgigen Dienstag in die zweite Lesung der Besoldungsvorlage eintreten. Die Meinungsverschiedenheiten sind nach wie vor sehr groß. Die Regierungsparteien haben heute nunmehr nach längeren Verhandlungen beschlossen, eine Reihe Vorschläge als gesetzliche Bestimmungen einzubringen, und zwar sollen als neue Paragraphen die §§ 40, 41, 42 und 43 mit folgendem Inhalt in das Gesetz hineingearbeitet werden:

Zunächst soll eine Bestimmung getroffen werden über eine Beamtenverminderung vom 1. April 1928 ab in der Richtung, daß für eine Dauer von fünf Jahren jede freiwerdende dritte Stelle nicht mehr besetzt werden darf, es sei denn nur mit Genehmigung des Finanzministers, der darüber dem Haushaltsausschuß Mitteilung machen muß.

Ferner soll gesetzlich festgelegt werden, daß die Auswirkungen dieser Bestimmung auch auf die Länder, Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts (Landwirtschaftskammern, Handelskammern, Krankenkassen) ausgedehnt werden sollen.

Drittens sollen die Länder, Gemeinden und obigen Körperschaften verpflichtet werden, die Einstufung der Beamten selbst zu übernehmen unter Einhaltung der Einstufung nach der neuen Besoldungsvorlage des Reiches.

Das Zentrum wird zu diesen Vorschlägen seinerseits noch eine Entschließung einbringen, die die Heraufsetzung der Altersgrenze von 65 auf 68 Jahre verlangt, wobei auch diese Bestimmung auf die Post angewandt werden soll; ferner eine Bestimmung dahingehend, daß bei einem Nebeneinkommen von 8000 Mark Pensionskürzungen eintreten sollen. Schließlich will die Zentrumsfraktion in einer Entschließung die Zusammenlegung der Ämter und Behörden, eine Neuverteilung der Behörden ein Verbot von Nebenbeschäftigung und eine entsprechende Urlaubsregelung fordern.

Eine weitere Entschließung ist auf Antrag des Zentrums zwischen den Regierungsparteien in Vorbereitung, wonach auch die Löhne der Reichs- und Verkehrsarbeiter den örtlichen Verhältnissen anzupassen sind.

Haushaltsausschuß des Reichstages.

vdz **Berlin**, 12. Dez. (Tel.) Der Haushaltsausschuß des Reichstages bewilligte heute zunächst auf Antrag seines Unterausschusses von den vom Ministerium angeforderten 200 Planstellen in der Zollverwaltung 109 freie Planstellen. Der Ausschuß beschäftigte sich dann mit dem kommunistischen Antrag betr. Abschluß neuer Tarifverträge für die Arbeiter des Reiches, der Länder und Gemeinden, der Reichsbahn und der Reichspost. Ministerialdirigent Weyer gibt eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: „Die Beamtenbezüge werden für längere Zeiträume durch Gesetz festgelegt. Die Lohnbemessung der Arbeiter erfolgt entsprechend dem geltenden Arbeitsrecht durch tarifliche Vereinbarung mit den Arbeitergewerkschaften, und zwar entsprechend der Lohnentwicklung in der privaten Wirtschaft in kürzesten Zeiträumen. Hieraus erklärt sich, daß die Steigerung der Beamtenbezüge nach Ablauf eines längeren Zeitraumes verhältnismäßig größer sein wird, als eine einzelne der mehrfachen im gleichen Zeitraum eingetretenen Lohnerhöhungen, um ein dauerndes Zurückbleiben der Beamtenbezüge hinter der Steigerung der Arbeiterlöhne zu verhindern. Die zurzeit geltende tarifliche Regelung der Reichsarbeiterlöhne verliert ihre Geltung frühestens mit dem 31. März 1928. Eine allgemeine Erhöhung der Löhne der Reichsarbeiter vor Ablauf der tariflichen Bindung werde voraussichtlich schwere Konflikte und Kämpfe in den Erwerbszweigen der privaten Wirtschaft auslösen. Dagegen hat sich die Reichsregierung der Forderung nicht verschlossen, die Löhne der Reichsarbeiter an den einzelnen Orten nachzuprüfen. Die Verhandlungen mit den beteiligten Gewerkschaften sind am 9. Dezember 1927 durch eine Vereinbarung zum Abschluß gekommen. Über das Ausmaß einer künftigen allgemeinen Lohnerhöhung kann im gegenwärtigen Zeitpunkt eine bestimmte Angabe nicht gemacht werden. Die Reichsregierung wird aber jedenfalls ernstlich bemüht sein, die Lohnbemessung durch Vereinbarung mit den beteiligten Organisationen in gerechter Würdigung der Interessen der Reichsarbeiter zu lösen." Die Erledigung des kommunistischen Antrages wird mit Rücksicht auf ähnliche Anträge anderer Parteien, die für die morgige Plenarsitzung vorbereitet sind, mit Einverständnis der Antragsteller zurückgestellt. Der Gesetzentwurf über die Unterbrechung der Wartestandszeit und die Verwendung von Wartegeldempfängern, wird mit Rücksicht auf die in zweiter Lesung des Ausschusses für die Besoldungsvorlage gefaßte Entschließung über diesen Gegenstand, die bald gst eine Novelle über den vorliegenden Gesetzentwurf fordert, ebenfalls zurückgestellt.

Zum Konflikt in der Eisenindustrie.

Die Entscheidung des Reichsarbeitsministers über die Arbeitszeit in der Großeisenindustrie.

tu **Berlin**, 12. Dez. Auf die bekannte Eingabe der Großeisenindustriellen zur Verordnung über die Arbeitszeit in der Großeisenindustrie vom 16. Juli 1927 hat der Reichsarbeitsminister am 12. Dezember, wie amtlich mitgeteilt wird, im wesentlichen wie folgt geantwortet:

„Nach eingehender Prüfung der vorgebrachten Bedenken gegen das Inkrafttreten der Verordnung am 1. Januar 1928 bin ich nicht in der Lage, dem Antrage auf eine Hinausschiebung des Inkrafttretens für die Gesamtheit der durch die Verordnung betroffenen Werke zu entsprechen. Es muß vielmehr bei der Durchführung der Verordnung zum 1. Januar 1928 sein Bewenden haben.

Ich habe zunächst die von Ihnen betonten Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes und des Wohnungswesens nachprüfen lassen und auf Grund der Berichte der Landesämter für Arbeitsvermittlung festgestellt, daß die Arbeiterschwierigkeiten überwiegbar sein werden.

Ungleich ernster als die auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes und des Wohnungsmarktes liegenden Schwierigkeiten sind die Gründe allgemeinwirtschaftlicher Art, die in Ihrer Eingabe geltend gemacht werden. Aber auch diese können nicht zu einem allgemeinen Aufschub des Inkrafttretens der Verordnung führen.

Insbesondere sehe ich keinen Anlaß, bei den Thomasstahlwerken und den ausschließlich oder zu einem erheblichen Teil von ihnen gespeisten Walzenstraßen, soweit sie die Erzeugnisse der Thomaswerke in einer Hitze weiterverarbeiten, von der Durchführung der Verordnung zum 1. Januar 1928 abzusehen. Ein Ausbau dieser Werke ist mit verhältnismäßig geringem Kostenaufwand möglich und könnte bei rechtzeitiger Inangriffnahme am 1. Januar 1928 im wesentlichen beendet sein. Den genannten Werken wird die Einführung des Drei-Schichten-Systems anstelle des Zwei-Schichten-Systems dadurch wesentlich erleichtert werden, als es nach der Bundesratsverordnung betreffend Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetrieb nunmehr zulässig sein wird, die sonntägliche Betriebsruhe auf 12 Stunden zu beschränken. Inwieweit in diesen Werken unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage und ohne Überschreitung des notwendigen Ausmaßes von der Sonntagsarbeit tatsächlich Gebrauch zu machen sein wird, muß den Tarif- und Schlichtungsverhandlungen überlassen bleiben.

Ebenso wenig wie bei den Thomaswerken und den zu ihnen gehörigen warmeinsetzenden Walzenstraßen kann bei den kalteinsetzenden Walzenstraßen, gleichviel ob sie aus Thomas- oder Martinstahlwerken gespeist werden, sowie den Hammer- und Preßwerken eine Hinausschiebung der Verordnung in Betracht kommen, zumal bei dem gegenwärtigen Stand der Technik der jetzige Umfang der Erzeugung sich in der Regel auch bei achtstündiger Arbeitszeit aufrechterhalten lassen wird, wenn unter Anwendung der in der Arbeitszeitverordnung vorgesehenen Möglichkeiten zweischichtig gearbeitet wird.

Anders liegen die Verhältnisse bei denjenigen Werken, die zu einer grundlegenden Betriebsumstellung durch Umbau ihrer Martinöfen, Elektro- und Ziegelstahlöfen schreiten müssen, für die größere Kostenaufwendungen und längere Bauzeiten erforderlich sind. Ich bin gern bereit, für diese Stahlwerke und die von ihnen in einer Hitze gespeisten Walzwerke, soweit sie nicht gegen gleichzeitiger Belieferung durch die Thomaswerke diesen zuzurechnen sind, einen Aufschub in dem unbedingt erforderlichen Maß zu bewilligen. Ich setze dabei voraus, daß die Änderungsarbeiten bereits in Angriff genommen oder doch soweit vorbereitet sind, daß sie spätestens am 1. Februar 1928 aufgenommen sein werden und daß ihre Vollendung mit allen Kräften betrieben wird, um sie, wenn möglich, noch vor Beginn der sommerlichen Hitze des Jahre 1928 zu erreichen. Die Gewerbeaufsichtsbeamten werden angewiesen werden, die Inangriffnahme und den Fortgang der Umstellungsarbeiten zu überwachen. Keinesfalls könne ein Aufschub über das Jahr 1928 hinaus in Frage kommen.

Betriebe, die von dieser Ausnahme Gebrauch machen wollen, haben ihre Anträge unter eingehender Darlegung der Verhältnisse alsbald dem zuständigen Gewerbeaufsichtsamt einzureichen. Dabei ist insbesondere auch anzugeben, in welchem Umfange im Jahre geplant ist, ob die Umbauten bereits begonnen sind, oder, falls dies noch nicht der Fall ist, zu welchem Zeitpunkt die Inangriffnahme erfolgen wird, welche Produktionssteigerung und im Zusammenhang damit welche Ersparung von Arbeitern aus dem Umbau zu erwarten ist und bis zu welchem Zeitpunkt der Umbau bei äußerster Beschleunigung durchgeführt sein wird. Die Gewerbeaufsichtsbeamten werden die Anträge nach Prüfung und Begutachtung durch Vermittlung ihrer Landesregierungen dem Reichsarbeitsministerium zur Entscheidung zuleiten.

Hiernach wird mit einer größeren Zahl von Anträgen, insbesondere für die Martinstahlwerke, zu rechnen sein. Da ich auf ein eingehende Prüfung der Verhältnisse in jedem Einzelfall Wert lege, wird die Entscheidung kaum so rechtzeitig erfolgen können, daß ihre Durchführung vom 1. Januar 1928 ab den Betrieben zugemutet werden kann. Ich sehe mich daher genötigt, für diejenigen Martin-, Elektro- und Ziegelstahlwerke einschließlich der zugehörigen Walzwerke, für die bis zum 31. Dezember 1927 Anträge auf Hinausschiebung des Inkrafttretens bei den Gewerbeaufsichtsbeamten eingegangen sind, schon jetzt einen Aufschub von einem Monat zu bewilligen. Ob und in welchem Umfange dieser Aufschub über den 31. Januar 1928 hinaus verlängert werden muß, wird dann in der Entscheidung über die einzelnen Anträge festgestellt werden.

Die Lohnverhandlungen in der Großeisenindustrie.

w **Berlin**, 12. Dez. (Tel.) Gleichzeitig mit der Auseinandersetzung über die Notverordnung, lassen bekanntlich auch Verhandlungen über die Lohnfrage. Eine Entscheidung wird, wie die „Tägliche Rundschau" berichtet, wahrscheinlich schon im Laufe des heutigen Tages von dem Schlichter getroffen werden. Soweit sich übersehen läßt, bestehen für die eisenschaffende Industrie keine unüberwindliche Schwierigkeiten, da in dieser Industrie überwiegend Akkordarbeit geleistet wird, und die Arbeitgeber bereit sind, die Akkordprämien zu erhöhen. Anders liegen die Dinge aber für die eisenverarbeitende Industrie, wo fast nur nach Stundenlohn gearbeitet wird, da diese Industrie durch ihre Tarife mit der eisenschaffenden Industrie verbunden ist und eine nennenswerte Lohnerhöhung nicht ertragen könnte. Es lieg also doch die Gefahr nahe, daß sich doch noch ein großer Konflikt entwickele, wenn etwa durch einen Schiedsspruch und durch Verbindlichkeitserklärung eine Lage geschaffen werden würde, die die eisenverarbeitende Industrie nicht ertragen kann.

Die Stellungnahme des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

w **Berlin**, 12. Dez. In einem Vortrag über die Stellung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu dem Konflikt in der Eisen- und Stahlindustrie, führte der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Reichel, heute nachmittag u. a. aus: „Die deutsche Eisenindustrie hat in der Weltwirtschaft, der Menge und dem Absatz nach, nahezu die Stellung von früher wieder erreicht. Entscheidend sei die Steigerung des Innenabsatzes. Von hohen Lohnforderungen könne keine Rede sein. Der tarifliche Stundenlohn beträgt 76 Pfg., und soll auf 86 Pfg die Stunde heraufgesetzt werden. Das Durchschnittsjahreseinkommen der Hüttenleute beträgt 2543 Mark. Die dreigeteilte Achtstundenschicht ist nicht nur ein Gebot sozialen Entgegenkommens an die Arbeiter, sondern sie bringt im Endeffekt auch eine Hebung der deutschen Eisenerzeugung. Die Stillegungsanträge der Schwerindustrie sind in erster Linie ein scharfer Druck auf den Staat. Sie werden sich aber auch gegen die Gewerkschaften auswirken. Ein in der Geschichte der deutschen Wirtschaft beispielloser Kampf müsse entbrennen, wenn nicht in letzter Stunde eine auch für die Arbeiter tragbare Entscheidung fällt.

Stillegungsanträge auch der oberschlesischen Eisenindustrie.

tu **Gleiwitz**, 12. Dez. (Tel.) **Die oberschlesischen Eisenwerke, die Vereinigten Oberschlesischen Hüttenwerke A.-G. und das Borsig-Werk, haben beim Regierungspräsidenten in Oppeln Stillegungsanträge eingereicht, über die am kommenden Donnerstag in Gleiwitz verhandelt werden wird.**

Pressetagung der Deutschen Zentrumspartei.

Zweiter Tag.

S **Berlin**, 12. Dez. (Drahtb. unserer Berliner Schriftleitung.)

Der zweite Verhandlungstag der Pressetagung der Zentrumspartei, der unter dem Vorsitz des Verlegers Dr. Lensing stand, wurde eröffnet mit eingehenden Darlegungen, die der Vorsitzende der Reichstagsfraktion des Zentrums, Geheimrat von Guérard, über die Politik des Reichstagszentrums und die Tätigkeit der Zentrumsfraktion des Reichstages machte. Auch hier wurden die gesamten aktuellen Probleme der Politik aufgerollt und eingehend behandelt. Der Reichstagsvizepräsident Abg. Esser verbreitete sich im besonderen über die Bedeutung der Mittelstandsfrage und die Stellung der Wirtschaftspartei im Reichstage. Auch die Kleinrentnerfrage, ebenso die Lage des Mittelstandes und der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet und im besetzten Gebiet wurden dabei behandelt. Reichstagsabgeordneter Dr. Brüning sprach alsdann eingehend über die Finanz-, Steuer- und Reparationspolitik der Reichsregierung und der Zentrumsfraktion. Auch hierbei wurden die einschlägigen Probleme, die gerade jetzt im Zusammenhang mit den aktuellen Fragen der allgemeinen Reichspolitik stehen, erörtert.

Bei der eingehenden Aussprache besprach Reichstagsabgeordneter Feilmayr die bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen und sozialen Zuständen geschaffene Lage für die Landwirtschaft. Zu den gleichen Fragen äußerten sich noch die Abg. Blum und Dr. Perlitzius. Über die speziell journalistischen Aufgaben der Zentrumspresse verbreiteten sich der Chefredakteur Jäger-Aachen. Dr. Brüning nahm nochmals zu Einzelheiten dieser Darlegungen besonders Stellung. In der weiteren Debatte kamen noch die Schriftleiter Dr. Maser-Dortmund, Hoffmann-Berlin und Dr. Hoffmann-Osnabrück zu Wort. Direktor Sonnabend-Frankenstein behandelte speziell die Fragen der Fürsorge für den kaufmännischen und gewerblichen Mittelstand. Dr. Nöhr-Berlin besprach die sozialen und steuerlichen Angelegenheiten, zu denen dann im einzelnen wieder Dr. Brüning sich äußerte. Auch der Abgeordnete Dr. Stegerwald nahm zu den aufgeworfenen Fragen, darunter vor allem über das Problem Reich und Länder, das Wort. Über dieses Problem äußerte sich auch der Abg. Rauch von der Bayerischen Volkspartei und Konsul Stocky-Köln.

Nach einigen Ausführungen anderer Pressevertreter schloß dann der Vorsitzende Dr. Lensing die Tagung mit dem Ausdruck des besonderen Dankes an den Generalsekretär Dr. Vockel für die vielen Mühen und Arbeiten, die er bei der Vorbereitung zur Pressetagung hatte, und richtete nochmals einen warmen Appell an die Zentrumspresse, ihrerseits zum Ausgleich und zur Versöhnung der Gegensätze und zu einem einheitlichen Zusammenwirken zwischen Partei und Presse beizutragen. So wird die Tagung hoffentlich der gesamten Parteiarbeit zum Nutzen gereichen.

Die Senkung der Lohnsteuer vor dem Reichstag.

pd Berlin, 12. Dez. (Tel.)

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 15 Uhr.

Eine Vereinbarung mit Dänemark über Zollerleichterungen wird dem handelspolitischen Ausschuß überwiesen.

Es folgt

die erste Beratung des Gesetzes zur Senkung der Lohnsteuer.
Reichsfinanzminister Dr. Köhler

empfiehlt die Vorlage. Der Minister verweist auf die im September 1925 sogenannte Lex-Brüning, wonach die Lohnsteuer gesenkt werden sollte, wenn ihr Ertrag in zwei aufeinander folgenden Vierteljahren 600 Millionen übersteigt. Dieser Fall sei jetzt eingetreten. Die Voraussetzungen, die bei Annahme des Antrages Brüning vorlagen, seien aber jetzt nicht mehr vorhanden, da sich im Aufkommen das Verhältnis der Lohnsteuer zu den übrigen Steuern geändert habe. Im Interesse der Länder und Gemeinden müsse eine Regelung gefunden werden, die zwar nicht dem starren Wortlaut, wohl aber dem Geist der Lex Brüning entspricht. Die Reichsregierung schlägt daher in ihrer Vorlage eine **Ermäßigung des Steuersatzes von 10 auf 9 Prozent vom 1. Januar 1928 ab vor, wozu noch wesentliche Verbesserungen der Familienabzüge zugunsten der Steuerzahler treten.** Das daraus entstehende Mindereinkommen von 160 bis 170 Mill. ist bereits im Etat für 1928 berücksichtigt worden. Der Reichsrat hat sich leider dem Standpunkt der Reichsregierung nicht angeschlossen. Er hielt den Steuerausfall für zu groß. Da eine Übereinstimmung nicht zu erzielen war, muß dem Reichstag eine Doppelvorlage übergeben werden. Die Regierung bittet um Annahme ihrer Vorlage, damit die Lohnsteuerpflichtigen schon am 1. Januar in den Genuß der Erleichterungen treten können.

Abg. Dr. **Hertz** (Soz.) bedauert die späte Einbringung der Vorlage, die im Reichsrat durchgepeitscht worden sei. Statt der Erhöhung des lohnsteuerfreien Betrages schlage die Regierung eine geringfügige Senkung des Steuersatzes vor und wolle außerdem statt 1200 Millionen 1300 aus der Lohnsteuer herausholen. Noch ungenügender seien die Vorschläge des Reichsrates. Die Vertreter der Länder lassen sich nur von sehr engherzigen rein fiskalischen Erwägungen leiten. Sie sind Gegner einer sozialen Gestaltung der Steuerlast, der Lohn- und Gehaltsempfänger. Auch der Regierungsvorschlag sei völlig ungenügend. Schon jetzt stehen 400 Mill. zur Senkung der Lohnsteuer zur Verfügung. Die Regierung aber zeige einen Geist der Mißachtung gegen die Lohnsteuerzahler. Verständnis habe sie nur für die reichen Leute, denen sie gleichzeitig 41 Millionen Vermögenssteuer schenken wolle. Die Lohnsteuerzahler wünschen kein Almosen sondern nur Recht.

Abg. Dr. **Gereke** (DN.) bezeichnet die Rede von Dr. Hertz als einen Verteidigungsversuch für die sozialdemokratischen Minister jener Länderregierungen, denen im Reichsrat die Regierungsvorlage noch zu weit gegangen sei. Die sozialdemokratischen Minister in Preußen hätten ebenfalls kein Interesse für den Entwurf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gezeigt. Die Vorlage entspreche durchaus dem Geiste der Lex Brüning.

Abg. **Schneider**-Berlin (Dem.) macht dem Reichsfinanzminister den Vorwurf, daß er durch sein Verhalten die rechtzeitige Ausführung der Lex Brüning unnötig erschwert habe. Der Redner begrüßt die Herabsetzung des Steuersatzes auf 9 Prozent, hält aber auch eine Ermäßigung auf 8 Proz. für tragbar.

Abg. **Höllein** (Komm.) verlangt völlige Beseitigung der Lohnsteuer.

Die Vorlage wird dem Steuerausschuß überwiesen.

Es folgt die

erste Beratung eines Spiritus-Monopol-Gesetzes

die vom Reichsfinanzminister Dr. Köhler eingeleitet wird. Der Reichsfinanzminister verweist zunächst auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die sich aus dem gegenwärtigen Zustand ergeben. Es bestehe ein Mißverständnis zwischen der Branntweinerzeugung und dem Branntweinabsatz. Viele Hinterziehungen seien festgestellt durch heimliche Herstellung von Branntwein, Verschiebung und Einschmuggelung von Branntwein. Das jetzige System leide auch unter den hohen Verwaltungskosten infolge der vielen beteiligten Instanzen. Der vorliegende Gesetzentwurf wolle das Monopol beibehalten, ihm aber um ein sachgemäßes Arbeiten nach kaufmännischen Grundsätzen zu ermög-

lichen, größere Selbständigkeit als bisher und möglichste Bewegungsfreiheit geben. Das Spiritusmonopol soll danach ähnlich, wie die Deutsche Reichspost, ein selbständiges Unternehmen des Reiches mit einem Sondervermögen sein, das von dem sonstigen Reichsvermögen abgetrennt wird. Das Aufsichtsrecht des Reichsfinanzministers soll beschränkt und der Beirat durch einen Verwaltungsrat ersetzt werden. Durch verstärkten Rechtsschutz sollen die bisher bestehenden Mißstände beseitigt werden. Die Regierung erwartet von der vorgeschlagenen Neuordnung erhebliche Mehreinnahmen für die Reichskasse.

Abg. **Eggerstedt** (Soz.) hält die jetzigen Zustände in der Spirituswirtschaft für völlig unhaltbar. Der Reichsfiskal habe dadurch schwere Einbuße erlitten. Die große Zahl der kleinen Brennereien begünstige die Steuerhinterziehung. 1924 bis 1925 seien gegen 8000 beteiligte Strafverfahren eingeleitet worden. Die verhängten Strafen hätten 15 Millionen eingebracht. In England seien die Einnahmen aus dem Branntwein 9 mal so hoch, als bei uns.

Abg. **Dietrich-Baden** (Dem.) bestreitet, daß in der Hauptsache die badischen und württembergischen Kleinbauern Schwarzbrennerei betrieben hätten. Auch manche Großbrennereien seien daran beteiligt. Der Schwarzbrennerei müsse rücksichtslos entgegengetreten werden. Dazu biete die neue Vorlage jetzt eine Handhabe. Es sei ein Glück, daß der unselige Beirat jetzt verschwinde.

Die Vorlage geht an den Steuerausschuß.

Darauf wird die Aussprache über den

Bericht des Untersuchungsausschusses für die Ruhrentschädigungen

fortgesetzt.

Abg. Dr. **Rosenbaum** (Komm.) richtet heftige Angriffe gegen Dr. Marx und Dr. Stresemann, die seinerzeit ohne Wissen des Reichstages die Ruhrentschädigungen bewilligt hätten. Diese Minister müßten vor den Staatsgerichtshof gestellt werden. Die sozialdemokratischen Minister, die damals im Reichskabinett saßen, hätten eine jämmerliche Rolle gespielt. Es sei von dieser Jammerarbeit ja auch nichts anderes zu erwarten.

Bei einem Vertagungsantrage der Sozialdemokraten stellt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus, da die Sozialdemokraten sich an der Abstimmung nicht beteiligen und die Auszählung nur 8 Stimmen für und 154 gegen den Antrag ergibt.

Dienstag 11 Uhr: Besoldungsgesetz. Schluß 19 Uhr.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

tu **Berlin**, 12. Dez. (Tel.) Der Ältestenrat des Reichstages befaßte sich heute in ungewöhnlich langer Sitzung mit den Dispositionen für die noch vor Weihnachten zu beratenden Gegenstände. Am Dienstag und Mittwoch soll die Besoldungsvorlage in zweiter und dritter Lesung beraten werden, und zwar in sehr langen Plenarsitzungen, deren Dauer bis 10 Uhr abends geschätzt wird. Die Besoldungsvorlage soll auf jeden Fall bis zum 14. endgültig verabschiedet werden, weil sonst die Auszahlungen an die Beamten vor Weihnachten nicht mehr erfolgen können. Am Donnerstag soll über die Änderung des Reichsversorgungs-Gesetzes beraten werden. Am Freitag werden dann das Gesetz über die Grundsteuer und das Mieterschutzgesetz erledigt werden. Ob die Etatsberatung in der ersten Lesung noch vor Weihnachten begonnen werden kann, ist im Ältestenrat noch nicht entschieden worden. Es ist jedoch anzunehmen, daß die Regierungsparteien die Verschiebung der ersten Lesung bis nach Weihnachten durchsetzen werden. In dieser Frage wird der Haushaltsausschuß ermächtigt werden, mit seinen Arbeiten schon vor der ersten Lesung im Plenum zu beginnen; zu diesem Zweck wird der Ausschuß am 11. Januar zusammentreten. Das Reichstagsplenum wird frühestens zum 17. Januar, voraussichtlich jedoch zum 19. Januar, einberufen werden.

Preußischer Landtag.

pd **Berlin**, 12. Dez. (Tel.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte

Abg. **Leinert** (Soz.) die auf der Tagesordnung stehende zweite und dritte Beratung des Besoldungsgesetzes erst morgen vorzunehmen.

Die Abgg. **Ebersbach** (DN.), **Dr. von Campe** (DV.) und **Dr. Körner** (Völk.) widersprachen diesem Verlangen. Mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Kommunisten wird jedoch dem Antrag des Abg. Leinert auf Absetzung der Besoldungsordnung von der heutigen Tagesordnung entsprochen. Das Verlangen der Kommunisten nach sofortiger Beratung ihres Antrages, der sich gegen die Stillegungen bei der Eisenindustrie in Westdeutschland richtet, wurde abgelehnt.

Angenommen wurde hierauf ein Antrag des Abg. Ebersbach auf Auszahlung der Bezüge der Beamten noch vor Weihnachten.

Das Haus trat dann in die Tagesordnung ein und verhandelte über die zur zweiten Beratung stehende Vorlage durch die 10 730 000 Mark für den weiteren Ausbau des Stettiner Hafens zur Verfügung gestellt werden. Die Aussprache wurde durch Annahme eines Antrages auf Schluß der Debatte beendet, und die weitere Erledigung der Vorlage vertagt. Auf Antrag des Abg. Haas (Soz.), der im Namen der Regierungsparteien sprach, wurde gegen die Rechtsparteien und die Wirtschaftliche Vereinigung eine Umstellung der Tagesordnung vorgenommen. Der an zweiter Stelle zur Beratung stehende Gesetzentwurf über die Aufwertung von Erbpachtzinsen, wurde vertagt und statt dessen zunächst die zweite und dritte Beratung des Landesrentenbank-Gesetzes ohne Aussprache und darauf die dritte Lesung der Landgemeindereform angesetzt. Ohne Debatte wurde das Landesrentenbankgesetz endgültig verabschiedet. Die Vorlage sieht die Schaffung einer Landesrentenbank vor, die zur Förderung der Siedlung Pfandbriefe ausgeben wird.

Es folgt die zweite Beratung der von den Regierungsparteien eingebrachten

Teilreform der Landgemeindeordnung,

die vor allem die Auflösung der Gutsbezirke, die Regelung der Eingemeindungen, und die Umwandlung der Landbürgermeistereien in der Rheinprovinz in Ämter vorsieht.

Auf Antrag des Abg. **Haas** (Soz.) wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Kommunisten beschlossen, von einer allgemeinen Aussprache abzusehen und das Gesetz für die Einzelbesprechung in zwei Abschnitte einzuteilen, deren erster die Eingemeindungsfrage und deren zweiter die übrigen Bestimmungen umfaßt.

Bei Besprechung des ersten Abschnittes erklärte

Abg. **von Kürbach** (DN.), daß, nachdem eine Verständigung der Regierungsparteien mit den Kommunisten erfolgt sei, eine weitere Obstruktion der Vorlage gegenüber aussichtslos geworden sei. (Zurufe links: Ohne Kommunisten geht es also nicht!). Die Deutschnationalen lehnten die ganze Vorlage ab, da ihre sämtlichen Änderungsanträge abgelehnt worden seien.

Abg. **von Eynern** (DV.) übte scharfe Kritik an der Haltung der Regierungsparteien im Ausschuß. Es sei nicht richtig, daß die Regierungsparteien durch die Obstruktion der Rechtsparteien gezwungen worden seien, mit den Kommunisten bei dieser Vorlage zusammenzugehen.

Nach weiterer kurzer Aussprache, an der sich die Abgg. **Schwenk** (Komm.), **Biester** (Deutsch-Hann.), und **Krisch'ck** (DN.) beteiligten, wurden die vorliegenden Abänderungsanträge der Oppositionsparteien abgelehnt. Auch sämtliche Abänderungsanträge zu den Bestimmungen über die Amtsbürgermeistereien wurden abgelehnt und die Ausschußanträge angenommen.

Das Haus stimmte dann in zweiter Lesung und in der sofort vorgenommenen dritten Lesung der Vorlage endgültig en bloc gegen die Rechte zu. Für die Vorlage stimmten mit den Regierungsparteien auch die Kommunisten. Das Ergebnis der Abstimmung wurde von den Regierungsparteien mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Es folgt die Beratung eines kommunistischen Antrages auf

Verhinderung der Beschäftigung der Arbeiter in der Großeisenindustrie über den Achtstundentag hinaus.

Abg. **Sobolka** (Komm.) wandte sich gegen die Bildung eines Streikmonopols unter Führung des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats und verlangte, daß eine Ausnahme vom Achtstundentag nicht zugelassen werde und daß der Reichsarbeitsminister eine neue Verordnung erlasse, wonach in der Schwerindustrie ab 1. Januar nächsten Jahres der Achtstundentag und die dreigeteilte Schicht für die Arbeiter aufrechterhalten würde.

Abg. **Szillat** (Soz.) bezeichnete das Vorgehen der Industriellen als eine Kampfansage gegen Staat und Parlament und stimmte namens seiner Fraktion dem kommunistischen Antrage zu.

Abg. **Lindner** (DN.) erklärte, ruhige Überlegung würde hier viel weiter führen. Die freien Gewerkschaften hätten bei den Krankenkassenwahlen zugegeben, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeitgeber heute katastrophal sei. (Zurufe links.) Bei den kommenden Tarifvertrags-Verhandlungen müßte eine Verständigung erzielt werden.

Abg. **Schmitt-Fulda** (Ztr.) verurteilte die angedrohte Arbeiteraussperrung und forderte Aufrechterhaltung des Achtstundentages.

Abg. **Hartmann** (Dem.) wandte sich gegen die Ausführungen des deutschnationalen Redners und erklärte, wenn nicht eine ungeheure Katastrophenpolitik getrieben werden solle, müsse der Reichsarbeitsminister fest bleiben.

Der kommunistische Antrag wurde bei sehr schwacher Besetzung des Hauses mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und der Antragsteller angenommen.

Das Haus vertagte sich darauf auf Dienstag 12 Uhr mit der Tagesordnung: Besoldungsordnung und kleine Vorlagen.

Ein deutsch-polnisches Fischereiabkommen.

w **Berlin** 12. Dez. (Tel.) Die für kurze Zeit unterbrochenen Verhandlungen zwischen deutschen und polnischen Regierungsvertretern über die Fischerei in den Grenzwasserläufen und Grenzgewässern, sind am 10. ds. Mts. durch Unterzeichnung eines diese Fragen regelnden Abkommens zu Ende geführt worden. Das Abkommen ist auf deutscher Seite von dem Gesandten Dr. Eckardt und dem Ministerialrat und Landesoberfischmeisters Dr. Seydel unterzeichnet worden.

Nach der Genfer Ratstagung.

Die Rolle Pilsudskis.

(Vom Sonderberichterstatter des V. D. Z.-Büros.)

w **Genf**, 12. Tel. (Tel.) Der polnische Ministerpräsident, Marschall Pilsudski, der am Sonntag wieder nach Warschau abgereist ist, hatte während seines 36stündigen Aufenthalts in Genf eine ganze Reihe Unterredungen mit den hier anwesenden Staatsmännern, vor allem mit den Vertretern Deutschlands, Frankreichs, Englands und Italiens. Diesen Unterredungen mißt man, wie der Sonderberichterstatter des V. D. Z. meldet, in allen Kreisen erhebliche Bedeutung zu. Es werde versichert, daß diese Besprechungen nicht nur den zwischen Polen und den genannten Ländern schwebenden Fragen galten, sondern auch darüber hinaus Bedeutung für die gesamte politische Lage Europas hatten, und daß sie wesentlich zu Festigung der in Genf geschaffenen Friedensatmosphäre beitrugen. Ganz besondere Aufmerksamkeit erregte auch die lange Unterredung von Reichsminister Dr. Stresemann mit Pilsudskis, deren herzlicher Charakter, wie der Sonderberichterstatter des V. D. Z. meldet, in den Lagern beider Delegationen gleichermaßen unterstrichen wird. Die Aussprache zeigte deutlich, daß Pilsudski von dem lebhaften Wunsch erfüllt ist, nicht nur in den Handelsvertragsverhandlungen, sondern auch in allen anderen zwischen Deutschland und Polen schwebenden Fragen zu einer Verständigung zu gelangen. Andererseits ist aber die Rolle, die dem polnischen Ministerpräsidenten, besonders in der französischen Presse, bei den Verhandlungen über den polnisch-litauischen Streit zuschreibt, vollständig entstellt wiedergegeben. In maßgebenden Völkerbundskreisen tritt man diesen Darstellungen, die den Eindruck erwecken, daß ohne das Eingreifen Pilsudskis der Völkerbundsrat weder ein noch aus gewußt hatte und hilflos geworden vor dem Auftreten Pilsudskis zurückgewichen sei, ganz entschieden entgegen. In den gleichen Kreisen hat übrigens das Auftreten des litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras einen hervorragend guten Eindruck hinterlassen.

Die polnisch-litauische Einigung.

Der Eindruck des Genfer Kompromisses in Kowno.

tu **Kowno**, 12. Dez. (Tel.) Die in Genf erfolgte Einigung zwischen Litauen und Polen wird in Litauen ganz verschiedenartig aufgenommen. Weit überwiegend ist die Zahl derjenigen, die in der erfolgten Einigung einen Sieg Polens sehen. In Kreisen der Opposition erklärt man, daß Litauen eine gewaltige Niederlage erlitten habe. Wilna müsse nunmehr als verloren gelten und Litauen würde, nachdem endgültige Beziehungen zwischen Polen und Litauen auf Grund der kommenden Verhandlungen aufgenommen seien, sehr bald den im Lande stark einsetzenden polnischen Einflüssen unterliegen. Ein großer Teil der politischen Kreise sieht in dem Erfolg Polens einen Erfolg Englands und Frankreichs gegenüber Rußland. Rußland wäre nunmehr hermetisch vom Westen abgeschlossen. Rußlands und Deutschlands Ostpolitik hätten eine schwere Niederlage in Genf erlitten, die sich erst später auswirken würde. In Kreisen der Regierungsparteien spricht man zwar von einem Siege Woldemaras; doch will auch in diesen Kreisen die rechte Stimmung nicht aufkommen. In Kreisen der Nationalisten meint man daß der wesentlichste Punkt — Wilna — noch offen gelassen sei, und betrachtet dies als einen Haupterfolg Woldemaras' in Genf.

Eine Ratsentschließung zur Westernplattenfrage.

tu **Genf**, 12. Dez. (Tel.) In der heutigen Sitzung des Völkerbundes nahm der Rat nach kurzer Debatte in der Frage der Danziger Westerplatte eine Entschließung an, in der die Regierungen der Freien Stadt Danzig und Polens aufgefordert werden, in unmittelbare Verhandlungen über die praktische Regelung der Ingebrauchnahme der Westerplatte einzutreten. Der Rat empfiehlt den beiden Regierungen, sich bei dem Gesamtinhalt des vorliegenden Schriftmaterials ausschließlich von den Erwägungen leiten zu lassen, die in dem Gutachten der Juristen vom 8. Dez. 1927 enthalten sind. Die Verhandlungen sollen nach dem Ratsbeschluß unter dem Vorsitz des Völkerbundskommissars in Danzig unter Hinzuziehung von Sachverständigen stattfinden. Falls die Verhandlungen vor der nächsten Ratstagung zu keinem Ergebnis führen sollten, soll der Berichterstatter Villegas dem Rat Vorschläge für die endgültige Regelung der Angelegenheit unterbreiten. Hierauf gab Senatspräsident Sahm eine kurze Erklärung ab. Er hoffe, daß die direkten Verhandlungen zwischen der Freien Stadt Danzig und der Republik Polen, basiert auf dem Gutachten der juristischen Sachverständigen, recht bald zu einer Vereinbarung führen, die für die Sicherheit von Leben und Eigentum der Bewohner von Danzig die unter den gegebenen Umständen zu erreichende Gewähr bietet. Er benützte hierbei die Gelegenheit, um dem Herrn Berichterstatter für die große Mühe und Sorgfalt, die er in dieser Angelegenheit hat aufwenden müssen, seinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Der Berichterstatter Villegas betonte sodann ausdrücklich, daß nur durch das Rechtsgutachten der beiden Juristen Cecil Hurst und Pilotti die Verhandlungen auf eine neue Basis gestellt seien und nunmehr eine endgültige Regelung dieser Frage geschaffen würde.

*

Zaleski und Chamberlain bei Stresemann. — Abreise der deutschen Delegation.

tu **Genf**, 12. Dez. (Tel.) Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat heute im Laufe des Nachmittags den polnischen Außenminister Zaleski und dann Außenminister Chamberlain, im Hotel „Metropole" empfangen.

Um 18 Uhr verließ Dr. Stresemann mit der deutschen Delegation Genf. Zum Abschied hatten sich auf dem Bahnhof im Auftrage Briands, der französische Generalkonsul in Genf und früherer Kabinettschef, Leroux, ferner der deutsche Untergeneralsekretär Dufour, sowie die übrigen deutschen Mitglieder des Völkerbundes eingefunden. Die deutsche Delegation trifft am Dienstag um 15 Uhr in Berlin ein. Briand hat heute nachmittag um 16 Uhr Genf verlassen. Chamberlain reist heute abend um 22 Uhr ab.

Briefwechsel zwischen Dr. Stresemann und dem Präsidenten des Völkerbundsrates.

tu **Genf**, 12. Dez. (Tel.) Zwischen Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem gegenwärtigen Präsidenten des Völkerbundsrates, Tscheng-Lo, hat ein Briefwechsel über das Zustandekommen der polnisch-litauischen Einigung, sowie über die Verhandlungen in den Geheimsitzungen des Rates, über die, wie erklärt wird, in der Presse entstellende Darstellungen verbreitet seien, stattgefunden. Der Briefwechsel wird noch im Laufe des heutigen Abends sämtlichen Mitgliedern des Rates bekanntgegeben und sodann vom Generalsekretariat veröffentlicht werden. Das Schreiben des Reichsaußenministers an den Präsidenten des Rates ist auf Grund einer Unterredung erfolgt, in der die Festlegung des bereits gemeldeten tatsächlichen Verlaufs der Verhandlungen vereinbart wurde.

Der Völkerbundsrat hat die christliche Gewerkschaftsbewegung anerkannt.

Bei Zusammenstellung des Beratenden Ausschusses, den der Völkerbundsrat zur Folge der Wirtschaftskonferenz zu ernennen hatte, sind nicht nur die drei sozialistischen Kandidaten der Arbeitergruppe des Verwaltungsrates des internationalen Arbeitsamtes berücksichtigt worden. Der Völkerbundsrat hat auch außerdem noch Herrn P. J. S. Serrarens, Generalsekretär der christlichen Gewerkschafts-Internationale, als Mitglied dieses Ausschusses ernannt. Der Völkerbundsrat hat also das Monopol der Arbeitervertretung, das sich die sozialistischen Gewerkschaften im Verwaltungsrate des J. A. A. gesichert hatten, nicht aufrechterhalten.

Aus der Stadt.

Münster, 13. Dezember.

Abendfeier der Jung-Hansa.

Die Jung-Hansa veranstaltete an ihrem Patronatsfest am Sonntag in der Aula der Oberrealschule eine Abendfeier über „Seele und Leib". Der Präses der Jung-Hansa, Kaplan Delbeck, begrüßte die erschienenen Gäste und Eltern der Mitglieder und sprach von dem Zweck des Abends, dessen erster Teil von der Seele handelte, während der zweite Teil der rechten Körperpflege gewidmet war. Kaplan Delbeck gab noch einen kurzen Bericht über die Arbeit des Vereins im verflossenen Jahre. Erwähnt wurden auch die einzelnen Abteilungen der Jung Hansa, die eucharistische, die Turn- und Sportabteilungen und die Wanderzunft. Es folgte hierauf der Vorspruch, den einer der Jung-Hanseaten zu seinen Brüdern sprach. Dann trat die Schar der Hanseaten zum Sprechchor zusammen und sprachen „Das Gelöbnis". Dieser Sprechchor wurde auch bei der Jugendkundgebung auf dem Katholikentag gesprochen. In einer kurzen Anrede sprach darauf Kaplan Delbeck von der Seele im Alltag. Er ging von der großen Dissonanz aus, die heute zwischen Glauben und Leben sei. Das Leben sei leer geworden, ihm fehle die Seele. Das stete Sichabgeben mit weltlichen Dingen erstickt oft die Seele in dem jungen Menschen. Sie aber wollten sie wieder aufwecken zu neuem Leben, nicht in ein paar schönen Gedanken, in einer kleinen Andachtsstunde, nein, sondern in Tat, in freudigem Wollen, im Leben. Das nun folgende Spiel sei ganz Seele. Es war das „Apostelspiel" von Max Mell. In diesem Spiel werden zwei verkommene Menschen durch die kindlichfromme, im Glauben feste Seele und die tiefe Innerlichkeit eines einfachen Mädchens gerettet. Den Spielern war keine leichte Aufgabe gestellt, aber sie lösten sie im großen und ganzen gut. — Der zweite Teil des Abend zeigte zunächst turnerische Übungen am Barren. Dann erstanden mehrere wohlgebaute Pyramiden vor den Augen der Erschienenen. Dr. Siehoff sprach am Ende des Abends über die rechte Körperpflege. Zum Schluß folgten noch einige leichtathletische Übungen. Die Darbietungen des Abends, die von Klaviervorträgen umrahmt waren, waren sehr beachtenswert und wurden mit Beifall aufgenommen.

Aus der Partei.

Die Beamtenfrage im Altwindthorstbund. Die Versammlung des Altwindthorstbundes am Montag, den 19. Dezember, in der die preußischen Landtagsabgeordneten Dr. Schmedding-Münster und Baumhoff-Hagen über die Beamtenfragen sprechen werden, findet im Cimbernhause statt. Für diese Versammlung macht sich heute schon ein reges Interesse bemerkbar.

Aus den Provinzen.

f **Handorf**, 12. Dez. (Ausstellung.) Am gestrigen Sonntag waren in der Mädchenschule die von Familien unserer Pfarrgemeinde gestifteten und zum größten Teil selbst angefertigten Kleidungsstücke ausgestellt, die zu Weihnachten den Kindern eines Waisenhauses in der Diaspora geschickt werden sollen. Die Ausstellung erfreute sich besonders bei der Frauenwelt eines ausgezeichneten Besuches. Man sprach sich allgemein lobend über die ausgestellten Sachen aus. Vielen, die in diesem Jahre der edlen Sache noch fern standen, wird die Ausstellung ein Ansporn gewesen sein, sich im nächsten Jahre auch zu betätigen.

≠ **Wolbeck**, 13. Dez. (Straßensperrung.) Der Gemeindeweg, der sog. Grenzkuhlenweg, von der Chaussee Wolbeck—Münster bis zur Querchaussee bei Breul, ist bis auf weiteres für Kraftfahrzeuge aller Art gesperrt.

⊙ **Hohenholte**, 12. Dez. (Von der marianischen Sodalität.) Unsere Sodalität feierte am Feste Maria Empfängnis ihr Stiftungsfest. Morgens war gemeinschaftliche Kommunion, an der die Jünglinge sich zahlreich beteiligten, nachmittags wurden 13 Jünglinge in die Sodalität aufgenommen. Nach der Aufnahme fand eine Festversammlung statt, in der Domvikar Rensing über das Fuldaer Programm der Jugend- und Jungmännervereine Deutschlands sprach. Der Präfekt der Sodalität hielt einen Vortrag über die Vorstädtetagung, die im Oktober im Gesellenhause in Münster stattfand. Pfarrer Otte forderte die Jünglinge auf, in echt katholischer Gesinnung Mitglieder zu sein und wies sie hin auf die erhabenen Vorbilder der Jugend, die unbefleckt empfangene Gottesmutter und auf den hl. Aloysius. Nach Absingung mehrerer Jugendlieder wurde vom Präses die Versammlung geschlossen. Im Januar oder Februar soll in der Sodalität ein plattdeutscher Abend veranstaltet werden.

○ **Laer**, Kreis Iburg, 11. Dez. (Wieder ein Einbruch ins Bahnhofsgebäude.) Das hiesige Bahnhofsgebäude ist bekanntlich schon wiederholt von Einbrechern heimgesucht worden. Auch jetzt wieder drangen Einbrecher dort ein, erbrachen den Geldschrank, fanden aber weiter nichts als die Portokasse, die ihnen wohl kaum eine Entlohnung für die Mühe brachte. Weiterhin erbrachen sie den Güterschuppen und stahlen eine Kiste Wollwaren.

≠ **Herford**, 11. Dez. (Aufgedeckte Wechselfälschungen.) Hier ist eine große Wechselfälscheraffäre aufgedeckt worden, bei der hiesige Bankinstitute und Geschäfte um hohe Summen betrogen sind. Es handelt sich um etwa 20 000 Mark. Täter ist der Holzbildhauer Martin Husemann, der augenblicklich flüchtig ist. Er soll Namen, Stempel und Wechsel gefälscht und dieses Geschäft schon seit einem Jahre betrieben haben.

≠ **Köln**, 10. Dez. (Verhaftete Eisenbahndiebe.) Den Eisenbahnfahndungsbeamten beim Eisenbahnverkehrsamt Düren gelang die Festnahme einer sechsköpfigen Einbrecherbande, die schwere Einbruchsdiebstähle auf den Bahnhöfen Düren, Grevenbroich und Stolberg verübt und die geraubten Güter mittels eigenen Lieferwagen an ihre Hehler in Köln geschafft hatte. Unter den Verhafteten befinden sich mehrere mit Zuchthaus Bestrafte, darunter auch der Dieb, der seinerzeit die in der Kölner Eisenbahnstorburg aufbewahrte vom Kölner Männergesangverein gewonnene Kaiserkette gestohlen hatte.

* **Tagung des Rheinisch-Westfälischen Baugewerbe-Verbandes e. V., Essen**

f **Essen**, 10. Dezember.

Der Rheinisch Westfälische Baugewerbe Verband hielt heute seine diesjährige ordentliche allgemeine Mitgliederversammlung (Rheinisch Westfälischer Baugewerbetag 1927) ab.

Die sehr gut besuchte Versammlung des über 1200 Mitglieder zählenden Verbandes wurde eingeleitet am Vormittag mit einer internen Sitzung des Verbandes. Der Nachmittag war ausgefüllt mit einer Tagung in welcher Stellung genommen wurde zu aktuellen Fragen der Bauwirtschaft.

Der Vorsitzende des Verbandes, Provinziallandtagsabgeordneter Bauunternehmer Ziegler Wesel konnte eine stattliche Anzahl Ehrengäste begrüßen u. a. die Vertreter der Regierungspräsidenten von Münster und Düsseldorf, Vertreter des Verbandspräsidiums und des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk, der Stadtverwaltung Mülheim des Langnamvereins zu Düsseldorf, des Westf.-Lipp Handwerkerbundes, des Bundes Deutscher Architekten und anderer wirtschaftliche Vereinigungen.

Als Hauptredner sprachen Regierungspräsident z. D. Brauweiler-Berlin leitender Geschäftsführer der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände über „Nationale und internationale Sozialpolitik" und der Direktor des Bauhauses Dessau, Professor Gropius über „Die Anwendung industrieller Methoden im Baugewerbe".

Vermischtes.

* ⊕ **Selbstmord eines wegen Urkundenfälschung verurteilten Beamten.** Kiel, 12. Dez. Ein Verwaltungsinspektor vom Versorgungsamt, der wegen Urkundenfälschung zu einem Jahre drei Monaten Zuchthaus verurteilt war, erschoß sich, nachdem die Strafkammer heute seine Berufung verworfen hatte im Gerichtsgefängnis.

* ⊕ **Ein Riesenbrand in Litauen.** Kowno, 12. Dez. In dem litauischen Städtchen Oliva wütet seit gestern abend ein ungeheurer Brand. Bisher sind die Häuser eines ganzen Polizeibezirks heruntergebrannt. Hunderte von Familien sind obdachlos geworden. Auch aus Kowno ist Feuerwehr zur Hilfe abgerückt. Die Regierung hat Vertreter nach Oliva entsandt, die Hilfsmaßnahmen einleiten sollen. Ob Menschen umgekommen sind, ist bisher noch nicht festzustellen.

* **Großer Unterschlagungsprozeß in Moskau.** Kowno, 10. Dez. Aus Moskau wird gemeldet, daß vor dem Moskauer obersten Gericht das Verfahren gegen 22 Mitarbeiter der Staatsbank und der Getreideorganisationen wegen wirtschaftlicher Gegenrevolution aufgenommen worden ist. Sie werden der Unterschlagung und anderer Staatsverbrechen beschuldigt. Man erwartet sechs Todesurteile.

Luftfahrt.

Rückflug Costes' und le Brix'.

f **Newyork**, 12. Dez. Nach Meldungen aus Rio de Janeiro sind die französischen Ozeanflieger Costes und le Brix nach Santiago auf Kuba aufgestiegen, von wo sie nach Frankreich zurückzufliegen gedenken.

Schwerer Unfall auf der Pariser Untergrundbahn.

Zahlreiche Verletzte.

tu **Paris**, 12. Dez. Gegen 13 Uhr ereignete sich auf der Linie vier der Pariser Untergrundbahn zwischen den Stationen Chatelet und Cite ein Unfall, der leicht zu den schwersten Folgen hätte führen können. Ein Waggon erster Klasse legte sich in einer Kurve — es heißt, infolge Radbruchs — auf das Nebengleis und brachte dadurch auch den Motorwagen zum Entgleisen. In demselben Augenblick versagte auch die Lichtstromleitung des entgleisten Zuges. Der heftige Stoß, den der ganze Zug erfuhr und der durch die sofortigen Bremsmanöver des Zugführers erhöht wurde, sowie das gleichzeitige Erlöschen des Lichtes löste unter den zahlreichen Passagieren große Panik aus. Es entstand ein heftiges Ringen um die Ausgangstüren der Waggons und alles versuchte, aus dem Tunnel heraus zur nächsten Station zu gelangen. Im gleichen Augenblick kam auf dem Nebengleis ein Gegenzug heran. Zum Glück bemerkte der Zugführer des Gegenzuges noch rechtzeitig das Hindernis, sonst wäre eine entsetzliche Katastrophe unvermeidlich gewesen. Die Zahl der Verwundeten besonders aus dem umgefallenen Waggon erster Klasse wird noch nicht angegeben. Etwa zehn Personen wurden in die naheliegenden Krankenhäuser überführt. Das offizielle Communiqué spricht nur von einigen Verletzten. Einem Passagier erster Klasse sollen die Füße zerquetscht worden sein.

*

* **Schwerer Zusammenstoß zwischen Auto und Straßenbahn.**

w **Berlin**, 12. Dez. (Tel.) Heute abend ereignete sich in Siemensstadt ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Privatkraftwagen. Das Auto wollte noch vor der Straßenbahn die Schienen kreuzen. Es wurde von dem Straßenbahnwagen erfaßt und stark beschädigt. Von den beiden Insassen wurde einer getötet, der andere schwer verletzt.

